



Aus vier Jahren Deutschland wurde ein halbes Leben: Piedoso Manave in Halle

FOTO: ANDREAS STEUTLER

# Gehasstes gelobtes Land

**GESELLSCHAFT** Voller Hoffnung zogen in den 80er Jahren tausende junge Menschen aus Mosambik in die DDR - und wurden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. In Sachsen-Anhalt kämpft eine kirchliche Initiative für ihre Rechte. Eine Begegnung

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

Das Land, das seine neue Heimat werden sollte, empfängt Piedoso Manave mit Eiseskälte. 8. November 1986, Flughafen Berlin-Schönefeld, das Thermometer zeigt minus 25 Grad Celsius. „Da haben wir alle zum ersten Mal Schnee erlebt“, erinnert sich der damals 19-Jährige. Ein Bus bringt ihn und 40 weitere Männer aus Mosambik nach Niesky/Lausitz. An Bord: Mützen und dicke Jacken. Die Mosambikaner sollen im Waggonbaukombinat arbeiten. In Niesky hausen sie zu sechst in engen Wohnheimzimmern. „Heute würde man WG sagen“, sagt Manave. „Für uns war das neu, wir kannten das nicht.“ Dazu komische Blicke in der Kaufhalle, rassistische Sprüche der Einheimischen, Anfeindungen, Gewalt. Doch Piedoso Manave hat sich fest vorgenommen, sich durchzubeißen: „Ich habe mir gesagt: Es sind ja nur vier Jahre.“

„Das war staatlich organisierter Betrug.“

Hans-Joachim Döring  
Leiter des Aufarbeitungsprojekts

Aus vier Jahren sollte ein halbes Leben werden. 35 Jahre nach seiner Landung in Berlin-Schönefeld lebt Piedoso Manave immer noch in Deutschland. Zum Gespräch empfängt er im Foyer eines Bildungsträgers in Halle, für den er heute arbeitet.

Manave ist einer von rund 17.000 Frauen und Männern, die Mosambik zwischen 1979 und 1989 in die DDR schickte - die sogenannten Vertragsarbeiter. Honeckers Land brauchte dringend billige Arbeitskräfte. Doch die Betroffenen waren mit dem Versprechen einer Berufsausbildung ge-

lockt worden. Und mit der Aussicht, danach daheim als qualifizierte Fachkräfte zu arbeiten. Für die meisten blieben das leere Versprechungen. Die wenigsten konnten in die Lehre gehen. Piedoso Manave gehörte dazu. In den Waggonwerken Niesky und Halle-Amendorf lernte er Tischler.

Nur rund 1.600 der ehemaligen Vertragsarbeiter leben, so wie Manave, heute noch in Deutschland. Die übrigen sind längst in ihr Heimatland zurückgekehrt. Erst jüngst ist ihr Schicksal wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Mehr als 100 Wissenschaftler haben die Bundesregierung in einem offenen Brief zu Entschädigungszahlungen aufgefordert.

## Ein abgekartetes Spiel

Aus Sicht von Hans-Joachim Döring waren Piedoso Manave und seine Landsleute bloß Figuren in einem abgekarteten Spiel zwischen Mosambik und der DDR. Zwischen 25 und 60 Prozent ihres Lohns hatte man ihnen abgezogen, die DDR-Bürokratie erfand dafür den Begriff „Nettolohnpflichttransfer“. Nach ihrer Rückkehr nach Mosambik sollte ihnen das Geld ausgezahlt werden. Doch in der Regel kam es dazu nicht.

Stattdessen behielt die DDR die Beträge ein, damit wurde ein Teil der Kredite getilgt, die der SED-Staat dem südostafrikanischen Land gewährt hatte. Döring spricht von einem „staatlich organisierten Betrug“. „Wir gehen davon aus, dass das zwischen den Regierungen von vornherein so abgesprochen war.“

Der Religionspädagoge leitet für die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland ein Projekt, das die Geschichte der auch „Madgermanes“ genannten ehemaligen Vertragsarbeiter aufarbeiten und ihnen nach Jahrzehnten zu ihrem Recht verhelfen soll. Soweit das noch möglich ist. Als größte Probleme dabei sieht Döring die vorerhaltenen Lohnzahlungen sowie die Rentenfrage. Während ihrer DDR-Zeit hatten die Betroffenen in die dortige Rentenversicherung eingezahlt. Doch wer heute für ihre Ansprüche daraus aufkommt, ist ungeklärt. Um welche Summe

## Die „Madgermanes“ - zwischen allen Stühlen

Jeden Mittwoch demonstrieren sie in Mosambiks Hauptstadt Maputo für ihre Rechte, die „Madgermanes“. So nennen sie sich selbst, die ehemaligen Vertragsarbeiter, eine zynische Verbalhormung von „Made in Germany“. Übersetzen lässt sich das in etwa mit „die verrückten Deutschen“.

Als solche sitzen sie zwischen allen Stühlen. In der DDR waren sie einst fremd, in Mosambik sind sie es bis heute, mehr als 30 Jahre nach ihrer Rückkehr, vielfach auch. Und in finanziellen und Rentenfragen fühlen sich weder Deutschland noch ihr Heimatstaat für sie verantwortlich. So bleibt ihr Protest bisher weitgehend vergeblich.

Dabei drängt die Zeit. In ihrem offenen Brief an die Bundesregierung mahnen die Wissenschaftler. „Die betroffenen Frauen und Männer sind im fortgeschrittenen Alter, viele sind bereits gestorben. Sie leben in einem der ärmsten Länder der Welt.“

So leben nach Angaben der Weltbank 46 Prozent der Menschen in Mosambik unterhalb

der Armutsgrenze: 30 Prozent gelten demnach als unterernährt. Aus Sicht des Bundesentwicklungsministeriums verbessert sich die politische und wirtschaftliche Situation im Land nach dem Ende eines langen Bürgerkriegs 1992 zwar kontinuierlich, jedoch auf einem niedrigen Niveau.

Allerdings ist das Land im Osten Afrikas immer wieder extremen Wetterereignissen wie Überschwemmungen, Dürren oder Zyklonen ausgesetzt - was die wirtschaftliche Entwicklung massiv zurückwirft. So erlebte Mosambik 2016 die schwerste Dürreperiode seit Jahrzehnten.

Das Projekt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland zur Aufarbeitung [www.vertragsarbeit-mosambik-ddr.de](http://www.vertragsarbeit-mosambik-ddr.de)

# 17.000

FRAUEN UND MÄNNER hat Mosambik in die DDR geschickt, wo sie als billige Arbeitskräfte ausgenutzt wurden.



Nur rund 1.600 der Vertragsarbeiter aus Mosambik blieben nach der Wiedervereinigung in Deutschland.

FOTO: IMAGO/HÄSSLER

geht es insgesamt? Döring beziffert die einbehaltenen Lohnanteile samt der offenen Rentenansprüchen auf einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag.

Die Lage ist unübersichtlich. Einige Betroffene bekamen in den 90er Jahren doch noch Teile ihres einbehaltenen Lohns, nachdem die Bundesrepublik Mosambik eine Art Wiedergutmachung in Millionenhöhe gezahlt hatte. Doch wie die ausgezahlten Summen zustande kamen, ist unklar. „Die Berechnungsgrundlage ist nicht transparent“, kritisiert Döring.

Auch Piedoso Manave hat damals umgerechnet rund 2.000 Euro erhalten. Ob es das ist, was ihm zusteht, weiß er nicht. Zum Gespräch hat er einen Ordner voller vergilbter Unterlagen mitgebracht. Darunter ein Schreiben des ehemaligen Waggonbaus Ammendorf, das ihm bescheinigt, dort von Mai 1988 bis Mai 1991 beschäftigt gewesen zu sein. „Damit konnte ich mir in Mosambik Geld auszahlen lassen“, sagt er. Anderen gelang das schon deswegen nicht, weil sie von ihren ehemaligen Arbeitgebern keine Beschäftigungsnachweise mehr bekommen konnten - die Betriebe waren mittlerweile abgewickelt worden.

Im Mai 1991 hat auch der Waggonbau Ammendorf für Piedoso Manave keine Verwendung mehr. Tischler werden im Unternehmen nicht mehr gebraucht. Dabei hat er gern „im Holz“, wie er sagt, gearbeitet. „Für meine Zwischenprüfung, das war noch in Niesky, habe ich einen Hocker gebaut.“ Für ihn ist klar: Er möchte in Deutschland bleiben. In Mosambik tobt damals ein Bürgerkrieg. Manave hat Angst, nach einer Rückkehr an die Front geschickt zu werden. Vielen, die zurückgekehrt sind, ist es so ergangen, berichtet er.

Weil Manave bei seiner Kündigung länger als vier Jahre in Deutschland ist, darf er zunächst bleiben. Er meldet sich arbeitslos, absolviert eine Umschulung zum Schweißer. 1992 heiratet er eine Hallenserin. Das Durchbeißen, das er sich vorgenommen hat für seine ursprünglich vier Jahre im Arbeiterwohnheim, es geht jetzt erst richtig los, da es die DDR nicht

mehr gibt: erweiterter Sekundarschulabschluss, Ausbildung zum Bautechniker, Ausbildung und Betreuer von Azubis in verschiedenen Firmen. 2015 schließlich ein Studium der sozialen Arbeit.

Auch Manave hat noch Rentenlücken aus seiner Zeit in der DDR. Ob ihm und seinen ehemaligen Kollegen nun Gerechtigkeit widerfahren wird? Hans-Joachim Döring ist einigermaßen optimistisch. „Wir haben Pföfcke einschlagen können“, sagt der Kirchenmann. Durch den offenen Brief der Wissenschaft sei das Thema wieder auf die politische Agenda gerückt. So plane die Bundesstiftung Aufarbeitung für den September ein Gespräch über die offenen Fragen. Politiker und Wissenschaftlerinnen sind eingeladen.

Döring betont aber: Es gehe bei weitem nicht nur um einen finanziellen Ausgleich. Deutschland und Mosambik müssten vielmehr auch eine politische Verantwortung übernehmen, fordert er. So müsse die Politik anerkennen, dass die Frauen und Männer von der DDR in der Regel nur zum Arbeiten ausgesandt worden seien. „Man muss sich die Situation dieser Menschen vorstellen“, meint Döring, „sie waren mit großen Hoffnungen in die DDR geschickt worden. Aber dann kamen sie gedemütigt zurück in ihr vom Bürgerkrieg gebeuteltes Land, mit leeren Händen, ohne Ausbildung, ohne Diplome.“ Und als wäre das nicht genug, hätten sie sich nach Rückkehr vielfach den Vorwurf anhören müssen, sich in der DDR ein schönes Leben gemacht zu haben.

## Endlich wählen können

Piedoso Manave hat sich derweil entschieden. Er möchte richtig in Deutschland ankommen. Lange hat er überlegt, ob er die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen soll. Er müsste dafür seinen mosambikanischen Pass abgeben. Ein Doppelstaater-Abkommen gibt es nicht zwischen beiden Ländern. Nun hat er den Antrag auf Einbürgerung gestellt. „Dann kann ich hier endlich auch wählen“, sagt er. 35 Jahre nach seiner Ankunft in dem Land, das seine neue Heimat werden sollte. **Kommentar Seite 6**

KOMMENTAR

# Angelockt und ausgenutzt



**ALEXANDER SCHIERHOLZ** fordert, Ex-DDR-Vertragsarbeiter zu würdigen.

**W**enn im Oktober in Halle die alljährliche zentrale Wiedervereinigungsfeier stattfindet, dann wird sich wohl wieder niemand an sie erinnern - die mosambikanischen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter, die in den 80er Jahren in die DDR geschickt worden waren. Dabei waren sie Opfer der Einheit: Sie schufteten im Waggonbau oder in der Braunkohle, doch kaum war der SED-Staat Geschichte, fielen sie durch das Raster der bundesrepublikanischen Neuordnung. Sie mussten gehen und wurden noch dazu betrogen um Geld und Anerkennung. In Deutschland und in Mosambik.

Es ist überfällig, sie nun aus der Vergessenheit zu holen und ihnen ihre Würde zurückzugeben. Es

geht dabei nicht um Vorwürfe oder Schuldzuweisungen an damalige Verantwortliche. Und auch nicht nur um eine finanzielle Entschädigung, so berechtigt die Forderung danach ist. Es geht auch darum anzuerkennen, dass diesen Menschen Unrecht geschah, dass sie mit falschen Versprechungen angelockt und als billige Arbeitskräfte ausgenutzt worden waren.

Das einzugestehen, wäre ein großer Schritt der Politik, der den Betroffenen helfen könnte, endlich ihren Frieden zu machen. Dass es dazu aber erst eines Anstoßes von Initiativen aus Kirche und Wissenschaft bedarf, ist ein Armutszeugnis. **› Seite 3**

›› Den Autor erreichen Sie unter: [alexander.schierholz@mz.de](mailto:alexander.schierholz@mz.de)

Mitteldeutsche Zeitung, Donnerstag, 22. Juli 2021  
Kommentar zu „Gehasstes gelobtes Land“